

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Nr. 31/40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Dezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Drückerstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Missalieber kostenlos

Berlin, 6. August 1926

Die Behebung der Arbeitslosigkeit.

Es muß anerkannt werden, daß die herrschende Arbeitslosigkeit immer mehr das Interesse aller sozial empfindenden Männer der Wirtschaft und Wissenschaft erregt. So nehmen im „Berliner Tageblatt“ Nr. 347 vom 25. Juli Herr Friedrich Minow und in Nr. 351 vom 28. Juli Herr J. M. Bonn zu dieser Frage das Wort. Im Reichsarbeitsblatt Nr. 28 vom 24. Juli, Seite 487, wird ferner eine interessante Feststellung gemacht, daß nämlich in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern im ersten Halbjahr 1926 die Zahl der Erwerbslosen, die unterstellt werden, nach dem großen Ansteigen im Januar nahezu gleich groß geblieben ist. Auf dem Lande, das sind die Gemeinden unter 10 000 Einwohnern, trat jedoch von Monat zu Monat eine stärkere Entlastung ein. Am 1. Februar 1926 betrug die Zahl der Unterstügten 894 945; dies ging von Monat zu Monat zurück, bis auf 596 086 am 1. Juni. In den Gemeinden über 10 000 Einwohnern betrug die Zahl der Unterstügten am 1. Februar 1 135 701, am 1. Juni jedoch 1 148 040. Das ist um so auffälliger, weil im Jahre 1925 die Arbeitslosigkeit in Stadt und Land nahezu gleichmäßig groß war. So waren am 1. Februar 1925 in den Stadtgemeinden 321 496, und in den Landgemeinden 271 528 Unterstügte vorhanden, und am 1. November 1925 in Stadtgemeinden und 142 533 in Landgemeinden.

Daraus wird der Schluß gezogen, daß die Erleichterung der Arbeitslosigkeit ausschließlich von der Landwirtschaft herkommt, während die Arbeitsmarktlage in der Industrie die in den größeren Städten ihren Sitz hat, nach wie vor ungünstig geblieben ist.

Diese Feststellung gibt dem Arbeitslosenproblem noch die besondere Bedeutung, daß die städtische Bevölkerung am härtesten zu leiden hat.

Was ist nun nicht schon alles über das Arbeitslosenproblem, seine Ursachen und schließliche Behebung geredet und geschrieben worden. Hat man aber eine Möglichkeit gefunden, die der Arbeitslosigkeit wirksam ein Ende macht?

Wenn man mit sachkundigen Männern über die Ursache spricht, so hört man in erster Reihe die Klage über die hohen Steuern und Abgaben, die dem deutschen Volk auferlegt wurden. Diese wären untertragbar und verminderten die wirtschaftliche Gesundheit. Die Sieger im Weltkrieg führten nach wie vor Krieg gegen Deutschland, nur mit anderen Mitteln. Friedrich Minow, eine führende Persönlichkeit im Wirtschaftsleben, sagt in dem oben erwähnten Aufsatz, daß die herrschende Arbeitslosigkeit kein spezifisches Symptom der heutigen deutschen Wirtschaft ist, sondern ein generelles Krankheitszeichen der gesamten europäischen Wirtschaft zu beklagen sei. Europa ist frant in der Wirtschaft, wie in der Kultur und Zivilisation. Europa lebt im Kampf aller gegen alle, im Zerkleben des Halbes und Welches von Volk zu Volk, von Klasse zu Klasse, von Mensch zu Mensch. In Europa kämpft alles gegen einander, statt mit einander.

Das mag etwas trüb klingen, es steckt aber viel Wahrheit in diesen Worten. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß jetzt in Europa 35 Staaten statt früher 26 be- stehen. Früher gab es 13 Währungsgebiete, jetzt gibt es 27; früher gab es 26 Zollgebiete, jetzt 38. Und diese 35 Staaten überleben sich gegenseitig in Agrarpolitik und Klein- und großen Schritten. Unterbinden den Gütertransport und -austausch sowie die Freizügigkeit. England ist nur bemüht, seine Weltmachtstellung zu bewahren, und es behandelt alle europäischen Fragen nur von diesem Gesichtspunkte aus. Herr Minow führt diese Zersplittertheit Europas als Hauptursache an für die gelamete Wirtschaftsnote und die Verelendung breiter Volksschichten, aus der vermehrter sozialer Unfrieden entsteht.

Wo aber ist ein Weg zu finden, der aus diesen Sumpf auf festes Land führt? Das Schlagwort „Vereinigte Staaten Europas“ hat bisher noch keinen großen Anklang gefunden; deshalb sagt auch Minow, daß eine schrittweise Annäherung zum absoluten Freihandel in Europa, vielleicht der beste und schnellste Weg sein würde zum Erfolg. Der Freihandel würde nach und nach die Schranken aufheben, die Sprachen, Währung, Wertebrennstoffe, Massenverarbeiten und sonstige Vorurteile aufgerichtet haben, und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Staaten neu befruchten und in gesunde Bahnen lenken.

Dann spricht Minow auch davon, daß die Reparationslasten die Wirtschaft, die ohnehin geschwächt ist, durch die Besatzverordnungen, bauern föhren. Der nicht produktive, müde, schäme sich glücklich, deshalb läßt man alle Unternehmungen eingehen, und an neue Unternehmen wagt sich niemand heran. In Deutschland haben wir pro Kopf das niedrigste Einkommen und die höchsten Lasten zu tragen, dazu kommt die Schuldenlast, wie sie ebenfalls kein anderes Land in der Welt zu tragen hat.

Mit Recht macht dann Herr M. geltend, daß man die Entwicklung, in der wir zurzeit stehen, schon lange voraussehen konnte. Man hat aber alle Voraussicht ungenutzt gelassen und keine Maßnahmen getroffen, dem Uebel zu

steuern. Es sei unverständlich, daß man nichts ernstliches unternimmt, um die Wohnungsnot zu beheben. In Deutschland gibt es alles, was zum Wohnungsbau erforderlich ist, und die Menschen sind arbeitswillig. Vier mal enölich der Hebel angelegt werden, indem die private Bauilätigkeit durch langfristige Kredite in Form von billigen Hypotheken angeregt wird.

Wohnungen zu bauen, für welche die Miete nicht zu erschwingen ist, das hat natürlich keinen Sinn.

Schon oft ist geiragt worden, wo die großen Einnahmen bleiben von der Hauszinssteuer, von der Anwartschaft und Angestelltenversicherung. Die Bauilätigkeit müßte doch längst im vollsten Maße angelegt haben, es fehlt weder an Material noch an Arbeitskräften, und viele Berufe würden dadurch neu belebt.

Von einer anderen Seite beleuchtet Herr M. J. Bonn das Arbeitslosenproblem. In der Vergangenheit war die wirtschaftliche Struktur durch eine Expansion bedingt, die sich durch Menschenauswanderung und Kapitalanlagen im Ausland vollzog. Das Tempo hat sich dann verlangsamt, indem der Kapitalzins stieg und ebenso die Preise. Heute ist der Absatz erschwert, trotzdem die Auswanderungen nicht aufgehört haben. Eine tiefergehende Störung ist vorhanden zwischen dem Einkommen und der Kaufkraft der Volksmassen. Andererseits sind während der Inflation Produktionsanlagen geschaffen worden, für die gar keine Verwendungsmöglichkeit besteht. So war die Inflation keine Umlegung von Kaufkraft, sondern Konsumenten auf den Produzenten. In erster Linie hat sie die Konsumfähigkeit der Volksmassen herabgedrückt. Dann hat sie die Kapitalflucht ins Ausland und in Sachwerte verschuldet, und dadurch die richtige Verteilung von festem und flüssigen Kapital verhindert. Flüssiges Kapital ist bald in Anlagekapital verwandelt, dagegen kann Anlagekapital nicht so bald in flüssiges Kapital umgewandelt werden. Weiteres ist nur zu oft mit großen Verlusten möglich, durch Abstoßungen, Stilllegungen, Abschreibungen. Der Prozeß, die Produktionsanlagen mit dem Konsumbedarf in Einklang zu bringen, ist noch nicht zu Ende; deshalb werden wir auch noch nicht zu normalen Zuständen kommen. Zunächst müßte die Kaufkraft erhöht werden, das bedeutet, die Preise müssen entweder herabgesetzt werden, oder das Geldeinkommen der Konsumenten muß erhöht werden.

Das sind aber alles keine neuen Gedanken, sie sind schon oft genug zum Ausdruck gebracht worden. Sind die Preise einmal hochgeschwollen, dann sind sie nur sehr schwer und in langsamem Tempo herabzubringen. Jeder Geschäftsmann beruft sich auf die hohen Geschäftskosten, jeder will die Löhne und Gehälter wohl herabdrücken, aber aus wirtschaftlicher Einsicht diese zu erhöhen, das fällt ihm nicht ein.

Mit großem Freimuth tritt Herr Bonn für eine unabhängige, ausreichende Entschädigung der Arbeitslosen ein. Hier handle es sich keineswegs um soziale Fürsorge, sondern um nützerne, weiterschauende kapitalistische Heberlegung. Eine ausreichende Unterilgung der Arbeitslosen sei vor allem nötig, um das Weitergreifen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die amerikanische Behauptung, daß die Arbeitslosigkeit von der Arbeitslosigkeit kommt, ist durchaus richtig, denn verminderte Kaufkraft muß auch andere Erwerbszweige lähmen und den Kreislauf des wirtschaftlichen Lebens unterbrechen.

Im Interesse des Unternehmers liegt es, daß er die vorhandenen Produktionsanlagen verwenden kann. Deshalb sei das Problem nicht so wichtig, wie man die Industrie produktionsfähiger macht, sondern viel wichtiger ist die Frage, wie man die Konsumenten kaufkräftiger macht. Wie schon in früheren Artikeln berichtet, macht man in Amerika den Versuch, durch weitgehende Organisation der Abzählungsmöglichkeiten den Konsum erfolgreich zu beleben.

In diesem Zusammenhange kommt Herr Bonn zu der Ansicht, es sei ernsthaft zu erwägen, ob es nicht zweckmäßiger sei, eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, die nicht in die Produktion eingreift, sondern ausschließlich Kaufkraft schafft. Die verschiedenen Formen der produktiven Erwerbslosenfürsorge wären immer ein Eingriff in die Produktion. Das bedeutet immer eine Nachfrage nach Rohstoffen, Produktionsmitteln und Kapital. Wenn Rohstoffe nicht reichlich vorhanden und Kapital nicht billig zu beschaffen ist, so kann daraus sehr wohl eine Preissteigerung bzw. Verteuerung dieser Mittel für die gesamte Volkswirtschaft entstehen.

Wenn solche produktive Erwerbslosenfürsorgearbeiten nicht rentabel sind, wie z. B. Anlagen des Parks, so sind sie doch im Interesse der Volksgesundheit zweifellos nützlich und daher auch nicht unrentabel, wenn auch nicht direkt materiell. Man kann sich überhaupt schwer vorstellen, daß Kulturarbeiten, und um solche handelt es sich bei Arbeiten, die im Interesse der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Angriff genommen werden doch stets, unrentabel sein können, denn in normalen Zeiten müßten solche Arbeiten doch gegen volle Bezahlung ausgeführt werden. In dieser

Sinnsicht scheint uns die Argumentation des Herrn Bonn doch abwegig zu sein. Allerdings, man könnte geltend machen, diese Arbeiten können zu anderen Zeiten ausgeführt werden. Die Mittel, die hierzu erforderlich sind, hätten zu Wohnungsbauten und anderen Arbeiten verwendet werden müssen.

Dann sucht der Herr B. auch die Tatsache zu begründen, daß die Exporteure ihre Waren billiger an das Ausland abgeben müssen, als sie im Inland und am Herstellungsort verkauft werden. Dies werde durch die Exportkredite und die Prämie ermöglicht in ihren verschiedenen Formen, weil das Ausland diese Waren nicht kaufen würde, wenn sie teurer wären. Solche Maßnahmen würden in allen großen Industrieländern angewandt. Man verfürzt deshalb die Kaufkraft der heimischen Konsumenten, um die der Ausländer zu erhöhen — das würden aber bald nur noch die Kongeneger sein.

Trotz dieser bitteren Erkenntnis sei jedoch der Grundgedanke der Warenverbilligung als Anpassung an die Kaufkraft durchaus richtig. Ja, warum denn aber nur gegenüber dem Ausland? — Darauf erhalten wir freilich kaum Antwort. Die Finanzierung der Notstandsarbeiten, die mit Krediten oder mit großen Steuermitteln ausgeführt werden müssen, entgeht selbstverständlich dem Privatkapital. Ob aber dadurch der Geldmarkt veranlaßt wird, an seinen hohen Diskontufügen festzuhalten, ist doch fraglich, das bewirken doch wohl andere Faktoren.

Also, wir resümieren: über das Wirtschafts- und Arbeitslosenproblem sind der Worte schon recht viele gewechselt worden, und so möchte man endlich Taten sehen.

Es erscheint richtig, daß die Grund- und Bodenwerte und alle Produktionsanlagen in letzter Linie von der Kaufkraft der Bevölkerung abhängig sind. Wenn der Zinssfuß hoch ist und die Kaufkraft des Volkes gering, so sinken alle diese Werte. Aber wo ist diese Einsicht vorhanden? Weber bei den Wirtschaftsführern noch bei den Regierungen. Was ist aus der großen Aktion zur Herabsetzung der Preise konkretes herausgekommen? Soviel wie nichts.

Man hat einen großen Ausschuß gebildet, dieser soll Forschungen anstellen über die Produktions- und Konsumtionsbedingungen in der deutschen Wirtschaft. Wie Frig Tarnow in der Zeitschrift „Die Arbeit“ Seit 7. August, wird wohl gerade Zeit verstreichen, bis dieser Ausschuß, der am 7. Juni seine Arbeit aufgenommen hat, zu greifbaren Resultaten gelangt. Es habe keinen Sinn, Hoffnungen zu nähren, die ein schnelles Ergebnis der Arbeiten in Aussicht stellen. Es ließe sich doch, ob die Kommission nach Abschluß ihrer Untersuchungen überhaupt Vorschläge für ein wirtschaftspolitisches Programm machen wird. Nach dem Wortlaut des Beschlusses ließe sich dieses auch gar nicht zu. Sie sollte nur Erkenntnisgrundlagen finden, die es den Wirtschaftspolitikern dann ermöglichen, mit größerer Sicherheit als bisher ihre Maßnahmen zu treffen.

Wir brauchen uns deshalb keine großen Hoffnungen zu machen, daß in absehbarer Zeit durch die große Wirtschaftsenquete eine wesentliche Beeinflussung der Wirtschaftsmisere und eine vermehrte Arbeitsgelegenheit herbeigeführt werden kann. Was wir tun können und tun müssen, ist vor allen Dingen der Ausbau der Organisationen, der gewerkschaftlichen wie der politischen, denn sie sind die Machtfaktoren, die allein bewirken werden, daß wir den schweren Kampf um Existenzmöglichkeiten siegreich bestehen.

Die Lederwarenindustrie im In- und Ausland.

P. B. Wenn man die Frage stellen würde, wann es der Lederwarenindustrie am besten geht, dann könnte man die Antwort darauf geben: in der Zeit, wo sehr viel über sie geschrieben wird, sicherlich nicht. Und es wird recht langsam schon sehr viel darüber geschrieben, und es geht dieser Industrie auch nicht gut. Jeder glaubt Ratsschläge geben zu dürfen, allgemeiner wie sachlicher Natur. Man gibt auch manchmal Ratsschläge an andere, die man für sich nicht gelten lassen will, doch darüber später.

Wenn man dem Organ der Arbeitergeber glauben darf, der „Deutschen Lederwaren-Industrie“, dann sind wir über den Berg, namentlich soll das in Offenbach der Fall sein. Das Organ schreibt hierüber:

„Dies gilt insbesondere auch für die Lederwaren- und Reiseartikelindustrie. Es kann gegenüber den Meldungen anderer Fachblätter gesagt werden, daß die Lederwarenindustrie des Offenbacher Wirtschaftsgebietes im allgemeinen eine zunehmend bessere Beschäftigung aufzuweisen hat und daß vor allem die Exportfirmen, welche doch den größeren Teil des Umlages darstellen, wieder durchaus normal beschäftigt sind, zum Teil sogar mit Mehrstunden arbeiten. Die Befragung in der Lage der Offenbacher Industrie zeigt sich auch in der Zunahme der arbeitslosen Sattler und Portefeuller. In Aufzeichnungen des Offenbacher Arbeitsamts weisen seit Ende März zum ersten

mal wieder einen merklichen Rückgang auf, der sich in den nächsten Wochen wohl noch weiter auswirken dürfte. Bei den Kurzarbeitern bahnt sich die gleiche Entwicklung an. Es wäre zu wünschen, daß diese Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt unserer Branche endlich einmal von Dauer ist und eine anhaltende Aufwärtsbewegung der Konjunktur beginnt."

Wierzehn Tage früher war noch weniger optimistisch. Auch anderwärts hat sich in den letzten Wochen der Wind etwas gedreht. Wenn wir auch wenig Zeug zum Optimismus haben, so stimmen die Wirtschaftsziffern doch noch erheblich beunruhigend. Dieses um so mehr, wo wir uns in der Hauptarbeitszeit befinden.

Die Arbeitsmarktlage in Offenbach sah in den letzten Wochen wie folgt aus: Es waren arbeitslos am

	am 26. 6.	2. 7.	9. 7.	16. 7.	23. 7.
Portefeuller	2961	2948	2911	2760	2729
Sattler	827	820	849	855	857

Diesen amtlichen Ziffern kann noch hinzugefügt werden, daß Ende Juni 1978 Kurzarbeiter bei unserer Ortsverwaltung gemeldet waren. Glücklicherweise sieht es nicht überall so aus. Immerhin steht unser Verband mit seinen Arbeitslosenziffern sehr hoch, wie dieses ja aus der Zusammenstellung in der „Gewerkschafts-Zeitung“ zu ersehen ist. Wir leben dort mit 32,5 Proz. Arbeitslosen an zweiter und mit 27,4 Proz. Kurzarbeiter an dritter Stelle.

Wir leben von hier aus leider noch nicht viel von einer wirtschaftlichen Besserstellung in der Lederwaren-Industrie. Wenn die Herren von der Industrie etwas zum Optimismus neigen, so soll das letzten Endes auch für uns etwas ermutigend wirken, denn sie schauen in diesen Dingen etwas tiefer.

Diese kleine Wendung in der Lage ist für unsere Industrie um so beachtlicher, weil sie unsere Wissens nach und auch nach der D.V. vornehmlich auf einen vermehrten Export zurückzuführen ist. So sehr zu wünschen ist, daß der Inlandsmarkt sich beleben möge, so ist die Zunahme des Exports in allererster Linie zu begrüßen.

Wenn wir uns die Ausfuhrziffern ansehen, welche die D.V. für Mai bzw. Januar bis Mai veröffentlicht hat, so steht es in der Mengenziffer noch recht trübe aus. Der Ausfuhr an Tischlerwaren aus Leder und Kunstleder von Mai 1914 in Höhe von 1910 Doppelzentnern stehen im Mai 1928 839 Doppelzentner gegenüber. Die Wertsumme beträgt für 1926 1 937 000 Mk. gegenüber 2 457 000 Mk. im Mai 1914. Die Preise für die fertigen Lederwaren sind also erheblich gestiegen. Leber ein Drittel der ausgeführten Ware geht nach Großbritannien. Im weitem Abstand folgt Belgien, Niederlande und die Schweiz. In Westfalen, d. h. Westfalen und Handlöffern aus Leder sind nach der Statistik nicht ein Zehntel der Menge ausgeführt worden wie 1914.

Wir möchten aber an diesen Ziffern ganz allgemein starke Zweifel ausdrücken. Aus diesen Veröffentlichungen ist nicht der wirkliche Stand der Ausfuhr deutscher Lederwaren zu ersehen, wenigstens was die Fachleute unter Lederware verstehen. Wenn es in der Leder-Zeitung heißt: „Tischlerwaren aus Leder oder Kunstleder“, so sind hierunter Koffer aus Fibre und Holzplatten und aus sonstigen Rohstoffen nicht zu verstehen, denn Koffer werden nicht als Tischlerwaren bezeichnet. Unter „Reisetaschen und Handkoffer aus Leder“ fallen diese Dinge gleichfalls nicht. Ich sprach vor einigen Monaten mit einem Großfabrikanten unserer Industrie, welcher mir erklärte, daß diese Ziffern nicht stimmen können, da er allein in dem betreffenden Monat mehr nach England ausgeführt habe als die amtlichen Ziffern insgesamt ergeben. Der Hartpappen- und Fibre-Koffer geht in anscheinlicher Menge ins Ausland. Auch der Schrankkoffer schafft sich Bahn trotz der scharfen amerikanischen Konturrenzen.

Es dürfte an der Zeit sein, eine bessere Uebersicht über Ein- und Ausfuhr von den maßgebenden Stellen zu verlangen. Wir wissen auch, daß größere Mengen Geschirre nach dem Ausland gegangen sind, namentlich nach Holland. Lastfuhrtraglich fallen auch diese Arbeiten unter die Lederwarenindustrie, so daß eine Spezialisierung geboten ist.

Um so mehr muß hier Remedur geschaffen werden, weil es sich um Geschäfte handelt, wo man in Gulden gut verdient, die Arbeiter aber mit den niedrigen deutschen Mindestlöhnen abspießt.

Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen konnte man allgemein einen gewissen Fatalismus in den Reihen der Fabrikanten bemerken. Viele können es nicht verstehen, daß die Welt in anderen Bahnen läuft. Heute ist es offensichtlich, daß die ganze Welt nach Deutschlands Waren hungert, schlechte Propheeten waren. Während der Inflation schon, aber heute, wo Mart Mart ist, sieht die Sache anders aus. Seit 1914 sind volle zwölf Jahre in das Land gegangen, und es hat sich vieles geändert. Manches Land, das früher deutsche Waren bezog, produziert selbst und verläßt nebenher auch im Ausland Anschlag zu finden. Dieses tritt vornehmlich für die Lederwarenindustrie zu. Trotz alledem ist noch kein Grund zum Verzweifeln. Wenn die deutsche Industrie will, schlägt sie noch manche Konturren. Wir haben allerdings in den letzten Wochen Ware gesehen, mit denen wir das Ausland als Dauerzukunft nicht gewinnen werden. Die Solidität des Materials muß in erster Linie gewährleistet sein. Wenn man schon um jeden Preis Aufträge hereinholen will, dann muß die Gewinquote eben herabgelassen werden. Nichts anderes sagt auch der englische Mitarbeiter der „D.V.“, F. r e t - L o n d o n, wenn er wörtlich in Nr. 11 ausführt:

„Uebrigens muß sich der Lederwarenxporteur zuerst klar sein, daß er mit den gegenwärtigen Preisen bei den Großhändlern nur sehr schwer Geschäfte machen kann; ja sogar der so einflußreiche Provisionsretierer, der mindestens 10 Prozent verdienen muß, wird von vielen Firmen abgeschafft werden müssen, wenn sie ihr Absatzgeschäft nach bestimmten Ländern aufrecht erhalten und steigern wollen.“

Nicht weniger offen spricht sich ein Redaktionsartikel der Fachzeitschrift „A u g u s t u b e d e r t“ aus. In einem sehr sachlich und eingehenden längeren Artikel wird die Möglichkeit nachgewiesen, daß für deutsche Lederwaren, vornehmlich Qualitätsarbeit, Südamerika ein gutes Absatzgebiet sei. Der Artikel trägt sogar die Ueberschrift: „S ü d a m e r i k a e r w a r t e t d e u t s c h e L e d e r - u n d A u g u s t w a r e n“. Es heißt unter anderem dann wörtlich:

„Banz entgegen der Ansicht der südamerikanischen Befürworter rangiert Deutschland bestenfalls heute in der Reihenfolge der einzelnen amerikanischen Staaten an sechster oder siebenter Stelle. Ueberall nehmen die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien und selbst Spanien und Portugal die ersten Plätze ein. Und es scheint, als betrachte der deutsche Leder- und Luxuswarenxporteur diesen Zustand als geübte Fügung. Das deutsche Ansehen hinter den Ereignissen nach. Es wagt zwischen Wollen und Können.“ An anderer Stelle heißt es: „Es besteht kein Zweifel, daß auch eine Oefferte, die nicht den gewöhnlichen Gewinn bringt, auf die Dauer sich zu einem vorteilhaften Geschäft auszuweisen wird.“

Es besteht heute darüber auch gar kein Zweifel mehr, und auch in Fortbrantentreiben nicht, daß die deutschen Löhne kein Hindernis für die Eroberung des Auslandsmarktes darstellen. Wir hören jetzt die Klage, daß es nicht möglich sei, gegen die amerikanische Konturren in Schrankkoffern aufzukommen und daß man in Deutschland kaum das Material für diesen Preis bekomme. Ein anderer Fortbrant erzählt uns, daß er die Amerikaner schmeißt, allerdings unter scharfer Kalkulation und Wahrnehmung aller technischen und maschinellen Hilfsmittel. In der Kofferindustrie spielt die Lohnfrage überhaupt kaum noch eine Rolle. Wiederholt haben wir auf diese Tatsache hinweisen können, und gerade in der letzten Zeit haben wir Gelegenheit gehabt, in verschiedenen Fällen festzustellen, daß der Lohnanteil am fertigen Artikel noch unter 10 Prozent liegt. Dieses waren keine Bagatelien, sondern Fabrikate, die einen wohlhabenden Käufer voraussetzen.

Für die deutsche Lederwarenerstellung sind auch die Handelsvertragsverhandlungen von hoher Bedeutung. Zu bedauern ist, daß man mit Polen nicht ins reine kommen kann. Polen war früher ein guter Markt für Offenbacher

Ware trotz der eigenen Produktion in Warschau. Ebenso ist der schleppende Gang der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich für Deutschland von großem Schaden. Wenn auch der Weg nach Frankreich durch die Zollanwartsverfahren verstopft ist, so dürfte doch unsere Ausfuhr auch in Paris ihre Abnehmer finden. Zu begrüßen sind die Erleichterungen, die der neue Zolltarif mit dem Schweizverträge. Namentlich dürfte Süddeutschland davon stark gewinnen. Daß man in der Schweiz bemüht ist, eine Eigenproduktion zu schaffen, können wir alle Tage beobachten. Diese eigene Produktion beruht aber hauptsächlich auf deutsche Arbeiter, denen man einen Lohn bietet, der fast doppelt so hoch ist als der deutsche Mindestlohn in der Lederwarenbranche. Man versteht es in Deutschland nicht, sich gute Kräfte zu halten, denn Großzügigkeit war noch nie Sache unserer Fabrikanten.

Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie.

Auf der Tagung des Bundesauschusses in Düsseldorf hielt Prof. Dr. Ahter einen Vortrag über das obige Thema. Die Frage ist so wichtig, daß wir uns doch noch entschließen haben den Inhalt des Vortrages hier im wesentlichen abzurufen.

„Der Vortragende ging zunächst auf die periodischen Schwankungen der Leistungsfähigkeit ein und zeigte, daß die Alterstunde der Leistung maßgebend von dem Grade der täglichen Ermüdung beeinflusst wird. Diese Beeinflussung macht sich bei einem Berufe, der eine starke Durcharbeitung des gesamten Körpers erfordert, in viel geringerem Grade bemerkbar als bei der besonders in den hochorganisierten Betrieben immer mehr vorkommenden Arbeitsgestaltung, die sich nur auf ein geringes anatomisches Feld beschränkt. Es wurde an Beispielen der Unterchied zwischen der Ermüdung des Muskels und der Ermüdung der nervösen Zentralorgane erörtert und darauf hingewiesen, daß bei der beruflichen Arbeit es in der Hauptsache auf die Ermüdung der nervösen Zentren ankommt. Die Ermüdung dieser Zentren beruht auf einer Störung im Gleichgewicht zwischen Auf- und Abbau von Kraftsubstanzen. Der Rhythmus der Arbeit muß so gestaltet werden, daß in den Erholungsperioden ein vollkommener Aufbau möglich ist. Gerade bei den Arbeitsformen, die sich auf ein enges anatomisches Feld beschränken, ist die Gefahr besonders groß, daß sich bei dauernder Beanspruchung unter falschem Rhythmus eine chronische Ermüdung einstellt. Diese ist deshalb so besonders gefährlich, weil die Leistung während eines langen Zeitraumes konstant bleiben kann, trotzdem die schädlichen Folgen sich auf immer weitere Teile der nervösen Substanz ausdehnen. Um nun diese Ermüdungsstadien zu bekämpfen, hat man sich bemüht, objektive Meßmethoden einzuführen. Es muß aber festgestellt werden, daß alle diese Methoden täglich versagt haben, und es ist grundsätzlich, auf solchen Ermüdungsmaßnahmen irgendwelche Schlüsse über die längere Arbeitszeit usw. aufzubauen.“

Aber in anderer Richtung kann der Arbeitsprozeß dem Menschen angepaßt und den zersetzenden Folgen der Ueberbeanspruchung einzelner Organbezirke vorgebeugt werden. Es kommt darauf an, den Ermüdungswert der in den einzelnen Berufen erforderlichen Arbeitsbewegungen zu erfassen und solche Tätigkeitsarten auszuscheiden, die einen besonders hohen Ermüdungswert besitzen. Dieses Ziel erreicht man durch Studium der Arbeitsbewegung sowohl wie auch durch Bestimmung des Wirkungsgrades. Wenn ein nervöser Bezirk überbeansprucht wird, so ändert sich mit dem Moment des Inangriffnehmens benachbarter nervöser Zentren die Ordnung der Bewegung nicht immer in einer dem Auge sichtbaren Form. Mit besonderen Methoden kann man diese Bewegungsänderungen erkennen und so durch vergleichende Messungen den höheren oder niederen Ermüdungswert verschiedener Bewegungsformen feststellen. Besteht eine Arbeitsform einen besonders hohen Ermüdungswert, so wird es sich meist rentieren, diese Form der Arbeitsgestaltung durch eine andere zu er-

Der Verband und deine Menschenwürde.

Die Freiheit des einzelnen Menschen galt stets als das höchste Gut. Frei zu sein, ist das höchste Ziel jedes einzelnen, so wie auch Goethe das höchste Gut der Erdenninder die Persönlichkeit genannt hat.

Das klingt individuellistisch und damit leicht antizipal und es kann unklare Köpfe zu einer egoistischen Auffassung von der Freiheit verleiten. Aber in Wahrheit laugt die Persönlichkeit ihre ganze Größe aus der Gemeinschaft, und nie kann ein einzelner ein wirklich freier und in seiner Freiheit starker Mensch sein, wenn er nicht verbunden ist mit einer M a s s e.

Das ist dem gewerkschaftlich disziplinierten Menschen unserer Tage nichts Neues. Er erlebt es immer wieder an sich selber, wie der Dienst an der Masse ihn selber stärkt. Er fühlt es besonders in den Zeiten des Kampfes immer wieder, wie er mit der kämpfenden Masse auch selber in seinem Persönlichkeitsrechte gewachsen ist.

Aber so viele Taus und Trübe fühlen das nicht. Sie sehen ihren Verband nur vom Standpunkte des materiellen Vorteils und sind damit ihrem Verbands nur verbunden, soweit er ihnen jeweils von Nutzen ist. Sie erleben nicht die gewerkschaftliche Verbundenheit an sich. Sie fühlen sich nicht — wie es heißt gerade da n u n i n n i g mit ihrer Gewerkschaftsorganisation verbunden, wenn diese alles einseitig und doch nicht alles errungen hat.

Doch dieses freie Gefühl der Massenverbundenheit so vielen genossen: auch das ist eine Folge der menschlichen Enttötung, die der Kapitalismus gebracht hat. Ein e t h i s c h e s, u r s p r ü n g l i c h e s Gefühl des Lebendigen bei dem schaffenden Menschen genommen, wenn er dieses V e r b a n d s g e f ü h l, dieses organisatorische Erleben, nicht mehr in sich verspüren kann, und wenn man vergleicht, in wie schöner Weise dieses Wachsen des einzelnen durch die Masse in der Tierwelt zum Ausdruck kommt, dann kann es einem in der Seele wehe tun, so sehen, wie wenig tief

Massenwirkung bei einzelnen Menschen ist in die Erscheinung tritt.

Die moderne Tierzoologie spricht hier von einer Kollektivpsychik. Das ist die Seele der Masse, die aber nicht etwa rein schematisch die Summe des Zusammenlebens von einzelnen ist. So schreibt Prof. Dr. F. M u e r e s z, d. V. in seiner neuen „Tierzoologie“, daß man durch Abblöden der Leistungen der isolierten Teile niemals das Ergebnis des Zusammenwirkens der vereinigten Teile erschließen kann.“

Das Ergebnis ist anderer Art, ist höher, ist etwas Neues und Schönes, Gesamterdruck einer Massenseele. A und B und C und D zusammen und miteinander sind mehr als eine rechnerische Summe. Es ist eine neue Erscheinung, eine neue Kraft, eine neue Energie. Es ist der neue Machtwert der organisatorischen Verbundenheit.

Und so wie das Ergebnis der Verbundenheit von einzelnen einen neuen Massenwert bildet, genau so wirkt diese Masse auf den einzelnen zurück und erzeugt in ihm neue Persönlichkeitswerte, die er ohne die Massenverbundenheit gar nicht haben kann.

Ein Forscher, Kochler, hat in dieser Beziehung bei seinen Schimpansen höchst wertvolle Beobachtungen angestellt. Wenn ein einzelnes dieser Tiere angegriffen wurde, dann eilte die ganze Schimpansengruppe herbei, um zu helfen. Dabei steigerten sich die Tiere, wenn nötig, durch Schreie zu einem rasenden Kampfe, und jedes einzelne der Tiere entwickelte dabei eine Kraft und einen Mut der Tat, wie er den einzelnen ohne diese Gemeinschaftshandlung g a r n i c h t m ö g l i c h gewesen wäre.

Auch bei Vögeln hat man solche kraftsteigernde Wirkung der Masse beobachtet. Allein die T a t i c h e des Schwarma jog andere Vögel in den Bann und selbst einzeln lebende Vogelpaare wurden von der Massenmacht hinterzogen und wurden zur Masse, und doch gerade durch diese Masse stark und kraftvoll. In gleicher Weise ist bei den Wölfen festgestellt, daß das einzelne Tier sich im R u d e l v i e l b r a u g e r l i c h e r zeigt, als wenn es allein ist.

Es ist natürlich, daß dieses immer neue Erleben von

Kraft durch die Gemeinschaft das einzelne Tier immer inniger an die Masse bindet, und es ist ein Beweis des hohen ethischen Wertes, den das Gemeinschaftsleben erzeugt, wenn kantenbildende Insekten nach Alberdes d. B. eine tiefe Niedrigselbstigkeit zeigen, sobald sie ihr Werk verschwunden finden.

Es ist ein noch ziemlich neues wirtschaftliches Gebiet, das sich uns hier bietet, aber schon, soweit sich Forschung bisher der Soziologie des Lebendigen zuwandte, ist das unüberleglich bewiesen, daß die Gemeinschaft eine natürliche Voraussetzung zur einzelnen Kraft ist und daß dieses Machtgefühl des einzelnen in der Masse um so mehr zu finden ist, auf einer je höheren Stufe der Entwicklung die Tiere stehen.

Wir haben darum recht, wenn wir sagen, daß es eine bedauerliche Folge des kapitalistischen Wesens unserer Zeit ist, wenn so vielen dieses allgemeine und natürliche Verbundenheitsgefühl genommen, das sich bei den Tieren schon zu ethischem Charakter entwickelt hat, wenn so viele durch den Kapitalismus aus dem natürlich-ethischen Boden entrückt wurden, in dem der Mensch von Natur aus gebildet ist in der Kampfgemeinschaft wurzelt wahre Menschenwürde.

Aber wie die Natur mit ihrem zunehmenden Gemeinschaftsleben der Gruppen die Verbundenheit von einzelnen zu Massen brachte, ganz so wirkt der moderne gewerkschaftliche Kampf. Das V e b e n s e l b e r wird die praktische Ethik wiederbringen, so wie das Leben selber sie drauhen in der Natur geschaffen hat. Der Kampf des Verbandes mit seinen immer wiederkehrenden sozialen Erfolgen wird das schöne und freie Gefühl der Menschheit und Menschengröße des einzelnen in der Kampfgemeinschaft wieder wachsen lassen, denn es ist etwas Naturgegebenes, organisch Notwendiges, daß der einzelne in seinem Leben durch Masse wächst, so wie auch Zusammenhuf von einzelnen mehr schafft als eine rechnerische Summe, nämlich die organisatorische Größe, die Organisation als B e w e i s an sich.

sehen. Von großer Bedeutung für den Ermüdungswert ist die Durchsetzung einer Arbeit mit statischen Elementen. Unter statischer Arbeit versteht man eine Arbeitsleistung, wie wir sie beispielsweise mit Haltung eines Gewichtes mit nach vorn gestreckten Armen leisten. Der Muskel, der statisch arbeitet, wird schlecht mit Blut versorgt, hat keine Erholungsperiode und arbeitet somit unter ungünstigen ökonomischen Bedingungen. Jede Arbeit ist mit statischen Anteilen durchsetzt, denn die einzelnen Gliedmaßen müssen durch statische Anstarbeit gegeneinander verstreift werden. Je mehr aber bei einer Arbeitsform die statischen Anteile überwiegen, um so größer ist deren Ermüdungswert. Mit Hilfe von Respirationserhebungen kann man die Größe der statischen Durchsetzung einer Arbeit ermitteln. Schließlich ist es notwendig, die Arbeiten des Menschen unter günstigen Wirkungsgrade zu erledigen. Durch die Errungenheiten der Physiologie sind wir heute imstande, den Wirkungsgrad eines Menschen mit absoluter Genauigkeit zu bestimmen. Wir können feststellen, wieviel organisches Brennmaterial in unserem Körper verbraucht wird, um eine bestimmte Arbeitsleistung zu vollziehen. Wir brauchen nur die Menge von ausgemessener Kohlenäure und eingeatmetem Sauerstoff während eines Arbeitsorganges zu untersuchen, um den Energieaufwand hierfür zu ermitteln. Es ist nun der Weg gebahnt, um die Arbeit des Menschen nach physiologischen Gesichtspunkten zu rationalisieren. Man geht dabei im Gegensatz zu Taylor, der einseitig auf Magismolekularwert legt, auf ein Optimum aus, d. h. auf eine hohe Leistung unter möglichst geringem Energieverbrauch. Da man nicht alle die tausendfältigen Formen der industriellen Arbeitsgestaltung auf ihre Ökonomie hin untersuchen kann, hat man sich in der Weise geholfen, daß man häufig vorkommende Arbeitselemente nach vielen Richtungen hin variierte und den Wirkungsgrad für die einzelnen Arbeitsformen des einzelnen Elementes bestimmte. Diejenige Variation ist die günstigste, bei der unter dem besten Wirkungsgrad gearbeitet wird. Wenn die einzelnen Elemente alle durchuntersucht sind, dann ist die menschliche Arbeit wissenschaftlich rationalisiert. Aber auch schon heute, wo nur relativ wenig Arbeitselemente in dieser Weise durchuntersucht sind, können wir Regeln von allgemeiner Gültigkeit ableiten, die sich schon jetzt in die Praxis umsetzen lassen. (Der Vortragende erläuterte eine Reihe von solchen Beispielen.) Zum Schluß wies der Vortragende darauf hin, daß die wissenschaftliche Erforschung des schaffenden Menschen die einzig sichere Basis für eine rationelle Gestaltung des Arbeitsprozesses bildet. Alle die anderen Versuche, die in dieser Richtung unternommen worden sind, trafen an der Ursache, daß der Einfluß des Ermüdungsgesäßes, der von außerordentlich vielen In- und Umweltfaktoren abhängt, nicht ausgeschaltet werden kann. Die Arbeitsphysiologie liefert aber Konstanten, welche unter allen Umständen Gültigkeit besitzen. Nur ist es notwendig, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse, welche dieser junge Wissenschaftszweig gewonnen hat, nicht in den staubigen Regalen der Bibliotheken abgelagert werden, sondern daß ihnen durch die praktische Mitarbeit der im Leben stehenden Organisationsstellen Leben eingehaucht wird."

Beachtliches für Unfallrentenbezieher.

Bei der Umrechnung der Unfallrenten nach dem Umberechnungsgesetz vom 14. Juli 1925 haben sich für einige Gruppen der Unfallrentenempfänger schwerwiegende Härten ergeben, von denen ein Teil jetzt durch Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1926 mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 1925 beseitigt wird. Schwer benachteiligt waren bei der Umrechnung der Renten, die zur Zeit des Unfalles das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten; diese sollen, soweit sie vor dem 1. Juni 1925 25 Jahre alt waren, die Unfallrente berechnet werden nach einem Jahresarbeitsverdienst, den ein gleichaltriger Versicherteter in dem Unfallbetriebe oder in einem gleichartigen gleichartigen oder ähnlichen Betriebe in der Zeit vom 1. Juni 1924 bis zum 30. Juni 1925 erzielte. Viele Berufsgenossenschaften hatten die Unfallrenten,

die früher nach einem allgemeinen Ortslohn berechnet waren, auch nach der Verringerung nach dem Ortslohn, der am 1. Juni 1925 maßgebend war, berechnet. Das wird nach der neuen Verordnung hinsichtlich für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1919 ereigneten. Diese Renten sind neu umzurechnen nach festgesetzten Durchschnitssätzen oder nach dem durchschnittlichen Verdienst, dem gleichaltrige Arbeiter in demselben oder in ähnlichen Betrieben in den Monaten Juli 1924 bis Juni 1925 erzielten.

Unter den Bestimmungen werden die meisten Härten hinsichtlich des Jahresarbeitsverdienstes ausgeglichen werden; denn die übrigen Bestimmungen über Unfälle bei Pflicht- und Notstandsarbeiten sowie bei Saisonarbeiten kommen nur seltener zur Anwendung.

Alle Umrechnungsbescheide, die den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, müssen für die Unfälle aus der Zeit vor dem 1. Juli 1924 neu erteilt werden, und zwar muß dabei über die ganze Zeit nach dem 30. Juni 1925 die Neuberechnung der Rente vorgenommen werden.

Es lohnt sich schon, seine Unfallrentenbescheide daraufhin nachzuprüfen, und es seien aus dem Grunde noch einmal die wichtigsten Neuerungen der Unfallversicherung ins Gedächtnis gerufen.

Kindergulden: Rentnempänger, die eine (oder mehrere zusammen) Rente von wenigstens 50 Proz. beziehen, erhalten für jedes Kind unter 15 Jahren und bei Kindern, die sich in der Schul- oder Berufsausbildung befinden, bis zum 21. Lebensjahr, solange die Schul- oder Berufsausbildung dauert und der Rentnempänger das Kind überwiegend unterhält, eine Kindergulde von 10 Proz. des Rentenbetrages. Für Kinder, die insolge Körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, wird die Dauer dieses Zustandes und solange der Verletzte das Kind überwiegend unterhält, gezahlt. Als Kinder gelten:

1. die ehelichen Kinder,
2. die für ehelich erklärten Kinder,
3. die an Kindes Statt angenommenen Kinder,
4. die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn keine Vaterhaft festgestellt ist,
5. die unehelichen Kinder einer Versicherten,
6. die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor Eintritt des Versicherungsfalls von dem Versicherten überwiegend unterhalten worden sind.

Stiefkinder und Enkel werden nur solange berücksichtigt, als sie vom Rentnempänger überwiegend unterhalten werden.

Witwen- und Hinterbliebenenrente: Die Gleichgültigkeit, mit der gerade die Witwen und Hinterbliebenen oft ihre Rentenansprüche unbeachtet lassen, ist unverständlich. Witwen, die durch Krankheit oder andere Gebrechen um wenigstens 50 Proz. in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt werden, erhalten, sofern ihrer Zustand länger als drei Monate andauert, zwei Fünftel, also den doppelten Betrag der bisherigen Rente, für sich. Diese Bestimmung gilt ohne Rücksicht auf die Zeit des Unfalles — also auch für ganz alte Unfälle — und auch dann, wenn sich die Erwerbslosigkeitsbeschränkung erst später oder nur vorübergehend — dann aber länger als drei Monate — bemerkbar macht.

Waisenrenten werden für den Fall, daß die Schul- oder Berufsausbildung bei der Vollendung des 15. Lebensjahres noch nicht beendet ist, bis zur Beendigung der Schul- oder Berufsausbildung, höchstens bis zum vollendeten 21. Lebensjahr, weitergezahlt, bei geistigen oder körperlichen Gebrechen, die Unfähigkeit zur Selbstunterhaltung bewirken, für die Dauer dieses Zustandes. Heiratet das Kind, so fällt die Rente fort.

Witwen- und Waisenrente wird nach dem 1. Juli 1925 gewährt bis zu vier Fünfteln des Jahresverdienstes — bisher nur bis zu drei Fünfteln — Kapitalabfindungen. Die Bestimmung, daß Renten von 10 Proz. ohne Zustimmung des Verletzten abgefunden werden konnten, ist durch Gesetz vom 25. Juni 1926 dahin geändert, daß dies nicht zulässig ist, wenn der Verletzte mehrere Unfallrenten zugleich bezieht. Bisher ergangene Entscheidungen über solche Kapitalabfindungen sind auf Antrag des Verletzten wieder aufzuheben; eine Rückzahlung der Abfindungssumme kann vom Versicherungsträger nicht verlangt werden, es findet lediglich eine Anrechnung der abgefundenen Rente statt.

Neuerdings sind auch die Kapitalzüge bei Abfindungen vom 1. Juli 1926 an geändert worden. (Gesetz vom 14. Juni 1926.) Zu beachten ist allgemein, daß für alle, also ohne Rücksicht auf die Zeit des Unfalles, der erfolgten Kapitalabfindung, nach dem 1. Juli 1925 trotz der erfolgten Abfindung von dem Versicherungsträger Krankenbehandlung, Berufsfürsorge und bei Verschlimmerung der Unfallfolgen auch Rente in Höhe der weiteren Erwerbsbeschränkung zu gewährt ist; der Satz der abgefundenen Rente wird bei der Neugewährung von Unfallrente in Abzug gebracht.

Unbedingt muß von allen Unfallrentenempfängern gefordert werden, daß sie in ihrem eigenen Interesse die erteilten Bescheide genau prüfen und sich bei dem leiblichen Zweifel an die Zuständigkeiten (Versicherungsamt des Wohnorts) beziehungsweise mit einer Berufung an das Oberversicherungsamt wenden. Grundbedingung ist aber immer, daß die Rechtsmittelfrist (Ablauf 1 Monat nach der Zustellung des Bescheides) nicht verkannt wird. Kosten entstehen für den Verletzten in den seltensten Fällen, und zwar nur dann, wenn es sich um von ihm durch Mithelfen, Verschleppung oder Arretierung entstandene Kosten handelt.

Die Vertreter in den Organen der Krankenversicherung.

Das 2. Buch der Reichsversicherungsordnung regelt Versicherungspflicht, Leistungen und Beitragsabgaben für die Krankenversicherung. Damit gibt es den Rahmen, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Beitragsabgabe verpflichtet sind und in welcher Weise aus diesen Beiträgen Leistungen zu gewährt sind. Die Reichsversicherungsordnung sieht dabei hinsichtlich der Erhebung der Beiträge und der Leistungsgewährung Regelleistungen vor, die unter allen Umständen eingehalten werden müssen. Neben diesen Regelleistungen können auch Mehrleistungen gewährt werden. Hierunter fällt die Zahlung höherer Krankengeldes, die Bewilligung von Zuschüssen zu größeren Heilmitteln, die Einführung der Familienhilfe, Aufbringung von Mitteln für die allgemeine Fürsorge.

Diese Mehrleistungen können nur in die Zahlung aufgenommen werden, wenn die Organe der Krankenkassen, Vorstand und Ausschuss, sie beschließen. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht; auch die Aufsichtsbehörden können nicht willkürlich bestimmen, daß Mehrleistungen gewährt werden müssen. Immerhin besteht hierfür eine indirekte Möglichkeit, indem die Aufsichtsbehörden die Gleichwertigkeit der Leistungen bei den Krankenkassen innerhalb eines bestimmten Bezirks prüfen müssen und diejenigen Krankenkassen, die im Vergleich zu anderen Klassen geringere Leistungen gewähren, zur Verringerung der Satzungsbestimmungen veranlassen können.

Den Vertretern in den Organen der Krankenkassen ist eine große Verantwortung gegenüber ihren Wählern auferlegt, denn schaltet Parteilichkeit in der Sozialversicherung völlig aus, so gilt es von den Vertretern gesundheitspolitische Maßnahmen zu treffen, die für das allgemeine Wirtschaftsleben von größter Bedeutung sind.

Die Beitragsfrage trifft Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wie wichtig die Beschlüsse über die Höhe der Beiträge sind, welche Bedeutung ihnen volkswirtschaftlich zukommen, lehnen die Erörterungen in der Tagespresse, die sich um die soziale Beitragslast erzipieren. Schon die Beitragsfrage in der Krankenversicherung erfordert für ihre Lösung von den Vertretern in den Organen, daß sie sich nicht nur mit versicherungssrechtlichen, sondern auch mit volkswirtschaftlichen Fragen beschäftigen, die für die Beschäftigung über die Höhe der Beiträge von großer Bedeutung sind.

Die Festsetzung der Beiträge wird überwiegend von der Höhe der Leistungen an die Versicherten beeinflusst,

4. Das Schlichtungswesen und seine Abgrenzung gegenüber der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Die Teilnehmer am Fernunterricht bearbeiten an Hand der vom Dozenten bestimmten Literatur nach einer schriftlichen Anweisung die einzelnen Stoffgebiete regelmäßig in ihrer Freizeit. Der Kursleiter soll abdamn aus dem so behandelten Thema Einzelaufgaben zur schriftlichen Bearbeitung durch die Kursstellnehmer stellen. Diese Arbeiten sind in einer Frist von 4 Wochen an die Wirtschaftsschule abzuliefern. Sie werden dann zensiert und an die Teilnehmer mit neuen Aufgaben zurückgeschickt. Vorgelesen ist weiter eine besondere Aussprache zwischen den Teilnehmern am Kursus und dem Leiter, um das Verständnis für die behandelten Fragen zu fördern. Wo an einem Orte mehrere Kursusstellnehmer vorhanden sind, kann unter ihnen ein Studienzirkel gebildet werden, der nach den gegebenen Anweisungen das Stoffgebiet einer mündlichen Durcharbeitung und Erörterung unterzieht. Am Schluß des Fernunterrichts soll den Teilnehmern in einer gemeinsamen mündlichen Prüfung Gelegenheit zur Darlegung des erworbenen Wissens gegeben werden.

Es handelt sich bei dem so eingerichteten Kursus um einen ersten Versuch. Zunächst wurde der Kursus auf 36 Teilnehmer aus der Nähe von Düsseldorf beschränkt.

Es wird abzuwarten sein, welche Erfolge bei diesem Versuch erzielt werden. Gegebenenfalls ließe sich diese Methode auch auf andere Gebiete der Sozial- und Wirtschaftspolitik in Anwendung bringen.

Es ist natürlich von vornherein klar, daß diese neue Methode, Kenntnisse zu verbreiten, nur für Persönlichkeiten von Wert und Nutzen sein wird und sein kann, die ernstlich gewillt sind, ihr Wissen zu erweitern und mit Energie und Fleiß ans Werk gehen. Wärdten sich doch immer mehr Arbeiter hierzu aufraffen. Es gibt keinen anderen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse aus prokariatpaktischer Knechtschaft.

Rechtbewußtseins unseres Volkes werden können. Im Interesse einer letzten Verankerung des neuen sozialen Rechts im Volkswußtsein ist rechtstündliche Schulung der Arbeitnehmer notwendig.

b) Daneben ist eine Konsolidierung des modernen Arbeitsrechts durch Gebrauch denkbar. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß das, was nicht benutzt wird, mehr oder weniger schnell wieder vergeht. Diesem Gesetz unterliegt auch das Gebiet des Rechts. Gerade für das Arbeitsrecht ist dieser Gesichtspunkt in erhöhtem Maße berechtigt. Denn die Vorschriften des Arbeitsrechts sind zum größten Teil formeller Natur. Sie bringen nicht dem Arbeitnehmer unmittelbare Vorteile, sondern eröffnen ihm Möglichkeiten. Der Sinn des ARG, das Beispiel ist unter anderem der, den Arbeitnehmern Gelegenheit zu verschaffen, auf die Leistung der Betriebe Einfluß auszuüben. Es kommt nun darauf an, ob die Arbeitnehmer von diesen ihnen gewährten und in dem Gesetz verankerten Möglichkeiten Gebrauch machen oder nicht. Das ist im Grunde genommen eine Frage des Willens, eine Frage der Geschäftigkeit, aber auch eine Frage des Wissens. Ein Gesetz, das man nicht kennt, vermag man natürlich nicht ausüben."

Einem ganzen neuen Weg zur Verbreitung solcher arbeitsrechtlicher Kenntnisse verleiht der Deutsche Werteverband zu geben. Er hat in Verbindung mit der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf einen Fernunterrichtskursus eingerichtet, der unter Leitung der Dozenten der Wirtschaftsschule steht. Die Teilnehmer am Kursus werden vom Verbands namhaft gemacht.

Das Programm für den Kursus umfaßt folgende Themen:

1. Die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses.
2. Die Entstehung, Endigung und Wirkung des Arbeitsvertrages.
3. Tarifvertragswesen.

Schaff dir Kenntnisse an!

Der größte Feind der Arbeiterbewegung ist die Unwissenheit, ist der Unverstand der Massen. Denn würden sie ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben kennen, dann teilhaben sie nicht nur Objekte der Ausbeutung, sondern Teilhaber an den Früchten der Arbeit. Eine Verringerung dieses rückständigen Zustandes ist erreichbar, wenn jeder Arbeiter bemüht ist, sich Kenntnisse anzueignen. In erster Reihe gilt es auch, Kenntnisse zu erwerben über das Arbeitsrecht in unserer Zeit. In Düsseldorf ist eine Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung eröffnet worden, dabei wurde von Herrn Wilhelm Herchel ein interessanter Vortrag gehalten über die Bedeutung, welche die Verbreitung von Rechtskenntnissen für das Volk im allgemeinen und für die Arbeiter im besonderen hat. Im wesentlichen wurden in diesen Vorträgen ausgeführt:

a) Der deutschen Arbeitnehmererschaft ist es in höchem Maße notwendig, Gebilde zu erwerben. Gerade in den letzten zehn Jahren hat sie eine große Erweiterung ihres Besitzstandes erzielt. Was der deutschen Arbeitnehmerbewegung weniger gelungen ist, ist, diesen neuen Besitzstand zu festigen, die neuen Stellungen auszubauen und zu konsolidieren. Das kann im einzelnen hier nicht dargelegt werden. Nur ein kurzer Ausblick auf das Rechtswesen sei gestattet.

a) In rechtlicher Hinsicht wäre es der beste Ausbau der Positionen der Arbeitnehmer gewesen, wenn es gelungen wäre, alle diese Neuerungen in das Rechtswußtsein des Volkes zu überführen, soweit es sich um Dinge handelt, die überhaupt in das Gebiet des Rechts hineingehören. Denn die sicherste Garantie für den Fortbestand eines Rechtsgutes ist, daß er im Bewußtsein des Volkes lebt. Von den sozialrechtlichen Neuerungen ist dies in manchen in das Rechtswußtsein unseres Volkes übergegangen, aber bei weitem nicht alle intensiv genug. Das beruht zum Teil darauf, daß diese Rechtsätze nicht genug bekannt sind und insoweit bis auf weiteres auch nicht zum Inhalt des

Und hier entstehen Konflikte, die oft nur gelöst werden können, wenn die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer es verstehen, widersprechende Meinungen, entgegenstehende Interessen zu überbrücken. Daß dies nur möglich ist, wenn die Vertreter der Versicherten unabhängig von jeder Beeinflussung und ohne Rücksicht auf persönliche Bindungen gegenüber ihrem Arbeitgeber die für die Versicherten so wichtigen Beschüsse fassen können, braucht keiner Erörterung. Gewährt die Selbstversicherungsordnung den Versichertenvertretern auch einen gewissen Schutz, so bedeutet das jedoch keine Immunität.

Die Vertreter der Ortskrankenkassen werden bei Ausübung ihres Mandats keine Schwierigkeiten haben, da sie die Interessen nicht einzelner Arbeitgeber und eines bestimmten Versichertenkreises wahrzunehmen haben. Dadurch wird das von ihnen auszuübende Ehrenamt nicht leichter, sondern verantwortungsvoller. In die Vertreter setzt nicht nur ein Stand sein Vertrauen, sondern alle Berufsarten müssen von ihnen vertreten und die verschiedenen Berufsstände in den Kreis besonderer Erörterungen über Beitragserhebung und Leistungsgewährung gestellt werden.

Die Vertreter in den Klassenverbänden und -ausschüssen sind nicht einer einzigen Berufsgruppe entnommen, vielmehr stellen die verschiedenen Berufe Vertreter zur Wahl auf, so daß sich die Vertretung bei den Ortskrankenkassen auf eine breite Basis aufbaut.

Die Vertreter im Vorstand und Ausschuss einer Betriebskrankenkasse sind der Belegschaft des Betriebes entnommen. Die Vertreter der Versicherten haben nur die Interessen der in dem betreffenden Betriebe Beschäftigten wahrzunehmen. Die Ausübung des Ehrenamts ist für diese Vertreter leichter, da sie Wünsche und Forderungen der Versicherten durch die Mitarbeiter in dem Betriebe selbst wahrnehmen. Dielem Vorteil stellt sich aber die wirtschaftliche Abhängigkeit von dem Besitzer des Betriebes, der als Arbeitgeber den Vorfall im Vorstand führt, gegenüber. Die Versichertenvertreter werden sicher alles tun, um ihr Amt so auszuüben, wie es von den Wählern gewünscht wird. Immerhin sind doch gewisse moralische Hemmungen bei der Ausübung des Mandats vorhanden, die ohne Rückwirkung nicht bleiben kann. Die Arbeitgeber werden versuchen, die Tätigkeit der Versichertenvertreter im Vorstand zu beeinflussen. Das kommt am besten auch dadurch zum Ausdruck, daß anfänglich der letzten Tagung des Verbandes der Betriebskrankenkassen die Unternehmer es stritte ablehnten, den Vertretern der Versicherten dieselben Rechte einzuräumen, die die gleichen Vertreter bei den Ortskrankenkassen haben. Was für die Vertreter der Versicherten in den Betriebskrankenkassen gilt, trifft auch für die Vertreter in den Innungskrankenkassen zu, denn auch hier ist eine bestimmte Abhängigkeit der Versicherten von den Arbeitgebern nicht zu leugnen.

Aus alledem geht hervor, daß die Ehrenämter in den Organen der Krankenkassen an die Vertreter Anforderungen stellen, die der Allgemeinheit nur wenig bekannt sind. Wird auch diesen Dingen mehr Interesse entgegengebracht, dann wird mancher öffentliche und innerer Streit um das Für und Wider aus der Krankenversicherung unterbunden bleiben.

„Für europäische Verständigung.“

Der Verband für europäische Verständigung veröffentlicht folgenden Aufruf:

Das Zeichen für die Ansöhnung der europäischen Völker ist mit dem Vertrage von Locarno gegeben. Das dort geleistete Verständigungswort hat selbst die Gemüter Krisis überdauert. Verlauf und Ergebnis der Verarmung von Genf haben aber vor der ganzen Welt dargetan, daß auch innerhalb dieses erdumspannenden Staatenverbandes der Kreis der europäischen Völker sich gefordert verständigen muß.

Die Schöpfer des Vertrages von Locarno haben zunächst nur Reibungsursachen beseitigt und damit die drohende Gefahr neuer europäischer Konflikte vermindert. Sie selber nennen ihr Werk einen Anfang. Sie erklären: Die Regierungen können nur die Wege ebnen; der Zusammenfluß zu positiver Zusammenarbeit muß das Werk der Völker sein.

Das deutsche Volk ist bereit, seine Lebensinteressen auf dem Wege weiterer Verständigungsarbeit zu sichern. Andererseits haben die übrigen Völker begriffen, daß eine Weltentwicklung Europas ohne vollen Ausgleich mit Deutschland unmöglich ist. Soll aber die neue Ordnung, die zur allgemeinen Erbauung führen muß, von Dauer sein, so muß die Gewißheit geschaffen werden, daß die moralischen Garantien, die an die Stelle der militärischen treten, von keiner Seite verfehlt werden. Dies kann nur durch eine Vertiefung der Gedanken des Friedens und der Solidarität sowie durch Verfestigung der Wirtschaften erreicht werden.

Für beide Ziele — Sicherung der deutschen Interessen und Annäherung der Völker — will der

Verband für europäische Verständigung alle Kreise unseres Volkes sammeln, die die Verständigungsarbeit zu fördern bereit sind.

Dieser Verband ist schon im Einvernehmen mit gleichstrebenden Gruppen anderer Völker, unter Anknüpfung an die von führenden Deutschen noch vor dem Weltkriege geschaffene Organisation ähnlicher Richtung („Verband für internationale Verständigung“, Frankfurt 1911), sowie unter korporativer Zusammenfassung einer Reihe von anderen großen Vereinigungen, ins Leben gerufen worden. Dem vorläufigen Vorstand gehören an: Prof. Schilling als Vors., Wilhelm Heile als geschäftsführender Stellvertreter des Vors., ferner die Abgeordneten Prälat Raas, Giesberts, Dr. Cremer, Bides, Sölmann, Wiffel, Aulste und Frhr. v. Reibnitz.

Dieser Aufruf trägt die Unterschriften von rund 75 Personen, die im öffentlichen Leben stehen. Wir vernennen jedoch die Namen maßgebender Wirtschaftsjührer. Hoffentlich verleiht dieser Aufruf die beabsichtigte Wirkung nicht.

Rundschau.

Der englische Bergarbeiterstreik erstreckt sich, mit Ausnahme einer einzigen Zeche in Warwickshire und einer Grube in Wiltshire, auf den ganzen englischen Bergbau. Die englischen Kohle haben ein Memorandum beschließen, in dem die Klausel enthalten ist, die Exekutive der Bergarbeiter erklärt sich bereit, sich einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen. Dieser Punkt ist noch strittig, sonst ist die Exekutive erwidert, die Annahme des Memorandums zu empfehlen. Es ist fraglich, ob die Delegiertenkonferenz dem zustimmt.

Die Erhöhung der Wehlgeld abgewehrt. Am 31. Juli sollte der erhöhte Zolltarif in Kraft treten. Dadurch wäre das Brot gewaltig im Preise gestiegen. Die Regierung hat, um dies zu verhindern, eine Vorlage eingebracht, die niedrigere Wehlgeldsätze vorseht. Der Reichstag hat dieser Vorlage am 29. Juli zugestimmt. Trotzdem die Vertreter der Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, der Länder Bayern, Thüringen, Württemberg und Bremens für erhöhte Zollsätze gestimmt haben.

Die Volksfürsorge, das Versicherungsinstitut der deutschen Arbeitervereine, hat im 1. Halbjahr 1928 die nachstehenden, recht beachtlichen Erfolge aufzuweisen. Die Antragsproduktion steigerte sich in der Volks- und Lebensversicherung um rund 117 000 und erreicht damit einen Bestand von insgesamt circa 670 000 Versicherungen. Die Versicherungssumme nahm um 50 Millionen RM. zu und hat gegenwärtig eine Höhe von circa 220 Millionen RM.

An Sterbgebühren wurden in den ersten 6 Monaten d. J. 300 000 RM. ausgezahlt; damit sind seit Umstellung auf feste Währung insgesamt 1,5 Milliarden RM. den Hinterbliebenen der bei der Volksfürsorge verstorbenen Versicherten zugute gekommen. — Zur Förderung der Konjunktionsgesellschaften, des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaus usw. wurden Darlehen, die mündelsicher angelegt sind, in Höhe von 15 Millionen RM. gegeben bzw. seit zugelegt.

Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Genossenschaftler dürfen keine privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften unterstützen. Alle Versicherungsbedürfnisse besarbeitenden Vorgesetzten bei dem eigenen Unternehmen, der von den freien Gewerkschaften und den Konjunktionsgesellschaften ins Leben gerufenen Volksfürsorge, gedeckt werden.

Rat und Auskunft erteilt der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Alster 58-59.

Abnahme der Arbeitslosenziffer um 23 000 in der ersten Hälfte des Juli = 1,3 Proz. Die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger, die am 1. Juli 1 408 000 betrug, ist am 15. Juli auf 1 385 000 zurückgegangen. Die Zahl der weiblichen Unterstützungsempfänger ist dagegen auch in der Zeit vom 1. bis 15. Juli leicht gestiegen, und zwar von 332 600 auf 335 200. Insgesamt ist die Zahl der Erwerbslosen von 1 741 000 auf 1 718 000 = 1,3 Proz. zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 1 728 000 auf 1 708 000 gesunken. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß die Zahlen für Ende Juli noch eine erheblichere Senkung bringen werden, da erwartet wird, daß sich bis dahin die getroffenen Maßnahmen zum Teil bereits auswirken werden, und da weiterhin die Arbeitsmarktlage, im besonderen aus der Landwirtschaft, der chemischen Industrie, der Textilindustrie und zum Teil auch der Metallindustrie, ein etwas günstigeres Bild zeigen.

Nach der nunmehr vorliegenden Statistik ergibt sich, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, daß in deutschen Großstädten über 100 000 Einwohner die Erwerbslosigkeit am stärksten in München-Gladbach ist. Hier kamen am 1. Juni 1928 auf je 1000 Einwohner 73,8 Unterstützungsempfänger. Es folgen dann Brauen i. B. mit 70,7, Nürnberg mit 57,5, Kiel mit 56,3, Dortmund mit 55,7, Essen mit 52,1 und Wang mit 51 Unterstützungsempfängern auf je 1000 Einwohner. In Berlin kamen auf 1000 Einwohner 48 Arbeitslose. Der Durchschnitt aller Großstädte betrug 42,4; in den Großstädten des Rheinlandes und Westfalens war dieser Satz allerdings mit 44,2 etwas höher. Die geringste Arbeitslosigkeit fand sich in Münster i. W. Hier waren von 1000 Einwohnern 15,8 erwerbslos; ebenfalls wiesen die Hanfsstädte verhältnismäßig niedrige Erwerbslosenziffern auf. In Hamburg kamen auf 1000 Einwohner 26,4, in Bremen 25,7 und in Lübeck 26,1 Erwerbslose.

Bücherchau.

Dr. John Schittowski, **Geschichte des Tanzes**. In einer Reihe vorwiegend belletristischer Werke ist soeben, in geschmackvollem ganzleinen Gewande, dieses die Entwicklung des Tanzes schildernde Buch erschienen. In einer durchaus lebendigen, unterhaltenden Darstellung gelangt es dem Verfasser, einen erschöpfenden Überblick über die Tanzkultur der Vorkristen, der antiken und modernen Kulturvölker aller Erdteile. Zahlreiche Bildbeigaben in Kupferstichdruck veranschaulichen außerdem Art und Wesen der tänzerischen Formgestaltungen in allen Epochen, so daß auch der bisher weniger interessierte Laie einen lebendigen Eindruck von den Tänzen der einzelnen Völker erhält.

Das Werk erschien in der Bücherliste Gutenberg, Berlin SW., Dreieckstraße 5, und kann wie alle Erscheinungen dieses Verlages für den vierteljährlichen Mitgliedsbeitrag von 3 RM. und einen einmaligen Eintrittspreis von 75 Pf. von jedermann bezogen werden.

„**Gefäßenes und Gefäßertes**“, 1000 Worte und Anekdoten von Ernst Barck, 288 Seiten, Titelbild von F. Koch-Gottha, Preis gebunden 3,50 RM. Max Jellies Verlag, Berlin W 15. — Gute Mitbürger sind selten. Aber das von dem betannten Zeichner Koch-Gottha gezeichnete Titelbild, wo ein Kranter sich gesund lacht, verspricht nicht zu viel.

Geschichte des Sattlergewerbes. Unter diesem Titel ist eine Quellenforschung von Walter Bieweger-Berlin im Verlage von Georg Bath-Berlin SW 61, erschienen. Das Buch ist sehr interessant zu lesen und behandelt vornehmlich die Gebräuche und Sitten im alten Zunimweien. Zahlreiche, abgedruckte Bildentwürfe und Urkunden erleichtern das Verständnis für diese Zeit.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 2. bis 8. August ist der 31. Wochenbeitrag, fällig. Wer sich vor Schäden schützen will bezahle seine Beiträge regelmäßig.

An die Ortsverbände und Gau- und Bezirksstellen Anfang August wird in unserem Verlag eine **Flugschrift zur Agitation** erscheinen. Dieses Schriftchen ist illustriert und betitelt sich

„Für dich!“

Der Hauptvorstand ist dem Wunsche einiger Verbandsabgeordneter nachgegeben und hat unser Aufstellungsmaterial von Düsseldorf in dieser Flugschrift mit verwendet.

Es darf nunmehr erwartet werden, daß die Ortsverwaltungen umgehend die Anzahl der benötigten Exemplare „Für dich!“ bei der Hauptverwaltung mitteilen und dafür Sorge tragen, daß eine gute Verbreitung stattfindet.

Alle Verwaltungen, welche die neuen Berichtarten für die Erhebung der Arbeitslosigkeit und Arbeit der verschiedenen Branchen noch nicht an die Hauptverwaltung eingelebt haben, werden dringend ersucht, das bisher verfaßte bis spätestens zum 8. August nachzuholen.

Die Hauptverwaltung.

Achtung!

Bis Montag, den 2. August, haben nachstehende Verwaltungen ihre Abrechnung noch nicht eingelebt:

- Ostgau:
- Altenstein, Forst, Stargard, Swinemünde.
- Nordgau:
- Flensburg, Gadebusch, Hameln, Schwinin.
- Mitteldeutscher Gau:
- Apolda, Eichwege, Halberstadt, Kassel.
- Gau Freistaat Sachsen:
- Niederschlesien, Rochlitz, Waldheim.
- Gau Elbersfeld:
- Datteln, Herford, Osnabrück.
- Gau Düsseldorf:
- Bonn, Duisburg, Oberhausen.
- Gau Frankfurt am Main:
- Wassersburg, Freiburg, Karlsruhe, Airm, Köppeln, Kuppenheim.
- Gau Bayern:
- Ahligen, Schweinfurt.

Gaulerter und Revisoren werden hierdurch aufgefordert, für baldige Einleitung der Abrechnung Sorge zu tragen.

Bei denjenigen Verwaltungen, die bis Montag, den 9. August, ihre Abrechnung nicht eingelebt haben, steht sich der Vorstand veranlaßt, von dem § 13 Abs. 9 Gebrauch zu machen. Diese Verwaltungen erhalten so lange keine Zeitungen und Material zugesandt, bis die Abrechnung eingegangen ist.

Darmstadt. Am 3. August begeht unser Kollege Richard Horn, Tapezierer, sein 25jähriges Verbandsjubiläum. Ein fleißiger Mitarbeiter, treu und alle Zeit opferbereit, möge er uns noch lange als gutes Beispiel wahrer Solidarität dienen.

Die Ortsverwaltung.

Veranstaltungskalender.

Celzig. Jugendabteilung 7. und 8. August Wandersahrt nach Thüringen mit Übernachtung im Ferienheim des Celziger Gewerkschaftsvereins Neumühle im Selberrum. Erwachsenen steht die Beteiligung auf eigene Kosten frei. Treffpunkt: 7. August, nachmittags 4 Uhr, am Hauptbahnhof, Westhalle. Meldungen im Bureau.

Sterbefaßel.

Berlin. Am 26. Juli starb im Alter von 56 Jahren unser Kollege **Wilhelm Marisch**, Pian- und Zeltmacher. — Am 21. Juli starb im Alter von 59 Jahren unser langjähriges Mitglied **Walter Köhler**, Tapezierer. Er war Mitglied seit Bestehen des Verbandes.

Heilbronn. Am 18. Juli starb im Alter von 21 Jahren unser zweiter Vorstehender **Ernst Piapp**. Ehre ihrem Andenken.